



© für diese Zusammenstellung der Beiträge: Senator für Bau- und Wohnungswesen Berlin, 1985;
für die einzelnen Beiträge bei den Autoren
Umschlaggestaltung: Nicolaus Ott + Bernard Stein, Berlin
Satz, Layout und Herstellung: Gudrun Fröbe, Berlin
Reprografie: Rink, Berlin
Druck und Bindung: Fuldaer Verlagsanstalt
verlegt im :TRANSIT Buchverlag, Gneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61, 1985
ISBN 3-88747-024-9

Die Rettung der kaputten Stadt

Planen und Bauen als demokratische Anstrengung

Herausgeber Eberhard von Einem

:TRANSIT

Inhalt

Vorwort	7
Einführung	
Die Demokratie: Bauherr oder Ausstellungsmacher Lore Ditzen	9
Demokratie als Anspruch in der Planung	
Adolf Arndt: »Demokratie als Bauherr« Lucius Burckhardt	12
Podiumsgespräch »Demokratie als Bauherr« mit Karolus Heil, Lucius Burckhardt, Hans Daniels, Klaus Duntze, Hardt-Walther Hämer, Hans Ulrich Klose, Julius Posener	18
Staat und Planung: Überlastung — Entlastung?	
Einführung Hellmut Wollmann	33
Große Planungskatastrophen Peter Hall	34
Street-Level-Bürokratien und die Sozialpolitik in den 80er Jahren Michael Lipsky	45
Staatsentlastung durch Selbstorganisation? Peter Grottian	53
Stadterneuerung von unten — Fallberichte	
Berlin-Kreuzberg: Behutsame Stadterneuerung, ein Versuch der Demokratie? Hardt-Walther Hämer	61
Berlin-Kreuzberg: Von der Macht der Mehrheit zum Lernen von der Minderheit Günter Fuderholz	69
Berlin-Kreuzberg: Auf neue, andersgeartete Bedürfnisse eingehen Cornelius van Geisen	72
Berlin-Kreuzberg: Ungelöste Probleme: Jugendwohnen und Jugendarbeitslosigkeit Wulf Eichstädt	74
New York City: Stadterneuerung unter Austerity-Primat John Goering	80
Bologna: Ende eines Mythos Harald Bodenschatz	86
London: Stadtteilplanung und die Last der Unsicherheiten Peter Marris	93
Wien: Gute Tradition und Stagnation Wilhelm Kainrath	102
Rotterdam: Stadterneuerung mit und für die Bewohner Ingrid Lübcke	107

Hannover-Linden: Erfahrungen mit der Bürgerbeteiligung Hanns Adrian, Gisela Mattern	125
Köln: Dezentralisierung von Planungsentscheidungen Rüdiger Göb	138

Berliner Perspektiven: Kreuzberg als Chance?

Podiumsgespräch mit Lea Rosh, Hartmut Arras, Lore Ditzen, Dankwart Guratzsch, Rainer Höynck, Klaus Pokatzky, Mathias Schreiber, Volker Skierka	145
---	-----

Verzeichnis der Autoren	162
--------------------------------	-----

Vorwort

Auf der Suche nach Antworten auf die Fragen: »Wer soll über Stadtplanungen in der Demokratie entscheiden?«, »Wer entscheidet tatsächlich?«, »Welche Beteiligungs- und Entscheidungsverfahren werden dem Anspruch einer Demokratie gerecht?« spannt das vorliegende Buch einen Bogen von den Thesen Adolf Arndts bis zur Praxis der Stadterneuerung in Berlin (West), in der Bundesrepublik, in Europa und Amerika. Die Stadt, das Quartier, die lokale Ebene, erscheint so als Testfeld der Demokratie.

Vor allem »vor Ort« sind Probleme wie Arbeitslosigkeit, schlechte oder teure Wohnungen, Lärmbelästigung, fehlendes Grün und eingeschränkte Spielmöglichkeiten für Kinder oder Spannungen zwischen Deutschen und Ausländern spürbar, auf die die Städte mit ihren Planungen zu reagieren versuchen. Papier ist geduldig und nicht wenige Pläne wirken überzeugend, solange sie im großen Maßstab skizziert und bunt angelegt, im Detail jedoch noch nicht ausgearbeitet sind. Erst wenn es an ihre Realisierung geht, wenn das Objektiv der Betrachtung schärfer eingestellt wird, läßt sich häufig ablesen und ermessen, welche Konsequenzen sich für die Menschen ergeben, die in der Nachbarschaft wohnen. Interessenwidersprüche brechen auf, am grünen Tisch zunächst ausgeklammerte Probleme werden unabweisbar; spätestens mit der Konkretisierung im Stadtteil gelangen sie auf die Tagesordnung.

Im Grad der Offenheit städteplanerischer Diskussionen, im Umgang mit Minderheitsmeinungen und in der Berücksichtigung derjenigen Interessen, die sich schwer artikulieren können und die keinen Zugang zu den Hebeln wirtschaftlicher, politischer und administrativer Macht haben, zeigt sich, ob und in welchem Maße unsere Gesellschaft gelernt hat, demokratisches Denken im täglichen Umgang zu verwurzeln.

Die Beiträge zu diesem Buch gehen auf den Kongreß »Demokratie als Bauherr« zurück, den der Senator für das Bau- und Wohnungswesen Berlin im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Berlin — kurz IBA genannt — im November 1984 in Berlin veranstaltete. Die ursprünglich für 1984 angesetzte Internationale Bauausstellung war auf 1987 verschoben worden. 1984 wurde zum sog. Berichtsjahr erklärt, um mit finanzieller Unterstützung durch den Senat von Berlin in Ausstellungen, Kongressen, Symposien und Filmen Zwischenbilanz zu ziehen und Vergleiche über Stadt- und Landesgrenzen hinweg anzustellen.

Die Anregung, das Thema des 1960 von dem Staatsrechtler und späteren Berliner Kultursenator Adolf Arndt gehaltenen Vortrages »Demokratie als Bauherr« aufzugreifen, ist Hardt-Walther Hämer zu verdanken, der als Leiter der »Altbau-IBA« nicht nur konzeptioneller Kopf der behutsamen, partizipatorischen Stadterneuerung in den Kreuzberger Stadtteilen Luisenstadt und SO 36 ist, sondern auch politischer Vorkämpfer seiner Ideen in allen Arenen, um sie durch die Katarakte der Berliner

Stadtpolitik zu steuern und sie vor dem Zerschellen an den Klippen bürokratischer Routinen zu bewahren. Hämers Feld ist die »Rettung der kaputten Stadt«, wie es im Auftrag des Abgeordnetenhauses von Berlin an die Internationale Bauausstellung wörtlich heißt.

Bei der Vorbereitung des Kongresses und der Auswahl der Themen und Referenten habe ich ferner von zahlreichen Anregungen profitiert, namentlich von Harald Bodenschatz, Lore Ditzen, Rainer Emenlauer, Karolus Heil, Henning v.d. Lancken, Julius Posener, Günter Fuderholz, Michael Kraus, Lea Rosh, Tony Sachs-Pfeiffer, Wolf-Jobst Siedler und Monika Taeger. Sie haben nicht unwesentlich zum Gelingen des Kongresses und zur Zusammenstellung der Beiträge in Buchform beigetragen. Auch die unsichtbaren Geister hinter den Kulissen, in deren Händen die technische Organisation des Kongresses lag, Sabine Nehls, Gisela Seidel und Michael Klockmann haben Anteil. Karin Hossfeld hat die schier ungeheure Aufgabe auf sich genommen, die Tonbandaufzeichnungen von vier Kongreßtagen in die Fassung lesbarer Manuskripte zu bringen, die Texte zu editieren und Fehler aufzuspüren, während Petra Rohde die englischsprachigen Beiträge übersetzte. Ihnen allen ist zu danken.

Berlin und Wessobrunn im September 1985

Eberhard v. Einem

Einführung

Die Demokratie: Bauherr oder Ausstellungsmacher

Ein Fotoalbum durchblättern. Aus-Reden zitieren. Filmsequenzen abspulen. Die Bilderwand der Plakate abschreiten. Die buntglänzenden Kataloge aufeinanderstapeln — welche Gewichtigkeit, welche Fülle, welche Summe von Bedeutungen und Erfolgen! Das Spektakuläre, das Ereignishafte, das im Text Abrufbare ist bewahrt! Auch die Dokumentation eines Kongresses, der »Demokratie als Bauherr« hieß, wird in die archivalische Bilanz eingehen, die die Stadt Berlin sich im Jahr 1984 15 Millionen DM kosten ließ, um mit einer »Internationalen Bauausstellung« neue Stadt- und Lebenskonzepte zu demonstrieren.

Um die Gestaltung brauchen wir nicht besorgt zu sein; sie greift um sich. Es gibt altes Straßenmobiliar und ins Auge springende neue Architektur. Junge Wohnanlagen, einfallsreich dekoriert und behaglich umgrünt, strahlen den aktuell gängigen Lebenskomfort aus, der inmitten der Städte den Rückzug ins Private signalisiert, und aufwendige Neubauten für Handel und Wandel stellen jene bewegliche Öffentlichkeit her, die an allem teil- und zu nichts Verpflichtung hat. »Berlin hat wieder Tritt gefaßt« hieß es in der Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters der Stadt im Bauausstellungsjahr 1984, die als weitere Schwerpunkte unter anderem auch »Arbeiten und Wohnen«, »Soziale Verantwortung«, »kulturelle Ausstrahlung« sowie »bezahlbare Mieten« versprach.

Wir sind, wenn die Dokumentation dieses Kongresses erscheint, ein Jahr weiter. Die Stadt hat an Glamour, Farbigkeit und nachgestellter Historie zugenommen und sie wird, wenn 1987 eine weitere Internationale Bauausstellung stattfindet, mit weiteren Attraktionen aufwarten können, in denen Zureisende ihre weltläufigen Erwartungen bestätigt finden. Vielleicht wird dann auch irgend jemand eine Rede halten, in der er die Demokratie als den Bauherrn dieses architektonisch neu interpretierten Lebensgefühls preist. Politik, Wirtschaft und die auf eingängige Wirkungen programmierten Medien haben es möglich gemacht. Sie haben die Standards und die Aura dieses Jahrzehnts geschaffen.

Hat Adolf Arndt das gemeint, als er in seinem viel berufenen Vortrag vor der Berliner Akademie der Künste 1960 das Verhältnis von Ausdruck und Aufgabe des demokratischen Staates untersuchte? »Demokratie als Bauherr«: für den sozialdemokratischen Politiker und zeitweiligen Berliner Kultursenator bedeutete das »die unaufhörliche Aufgabe, Mitmenschlichkeit wirklich werden zu lassen« — und zwar in einer Demokratie, die »angewiesen ist auf den mündigen Menschen«. Auch Bauen muß darauf angelegt sein, ihm zu seiner Mündigkeit zu verhelfen.

Was das in der Gegenwart heißen kann, ist Inhalt dieses Bandes. Anders als zu der Zeit, die Arndt im Auge hatte — die 20er Jahre mit der Alternative des Siedlungs-

neubaus zum innerstädtischen Slum — geht es heute um die Bewahrung und Wiederherstellung der Stadt und ihrer Lebenszusammenhänge. In ihnen soll sich der Bürger als gleichberechtigter und verantwortlicher Teilhaber eines Gemeinwesens erkennen, sollen seine Bedürfnisse und Erfahrungen als Sachkompetenz wirksam werden. Und zwar in einem weiteren Sinn als dem von »Hygiene, Sozialkomfort und Lebensstandard«. Minderheiten, Unterprivilegierte sind Teilhaber und Mit-Träger dieser Entwicklung, deren Programm auf ältere Entwürfe verweist.

»Alle müssen Platz haben des Gedeihens« hat schon Bettina von Arnim zu Beginn des vorigen Jahrhunderts in ihrer herausfordernden wohnungspolitischen Schrift »Dies Buch gehört dem König« geschrieben und den »Gebrauch der fünf Sinne« für das Volk gefordert, das man nicht abspeisen dürfe mit einigen Reformen. Man muß einen weiten Zirkel schlagen, um sich zu vergegenwärtigen, daß es sich um eine nie zu Ende gebrachte Aufgabe handelt. Jede Zeit muß sie aus ihren Gegebenheiten neu beantworten. Dem zur Geschichtlichkeit fähigen, dem »mündigen« Menschen, der etwa auch Bettinas frühromantischem Zeitgenossen Novalis und der gesamten Aufklärung vorschwebte, muß immer wieder neu eine Chance zu konkreter Gestaltung seiner Gegenwart und der Zukunft der Gesellschaft gegeben werden.

Die Siedlungen der Zwanziger Jahre entstanden aus den politischen Programmen sozialdemokratisch geführter Kommunen, wurden von Genossenschaften und gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften getragen. Engagierte Architekten suchten, nach einem Wort Bruno Tauts, »die Identität von sozialer Struktur und Gebautem« im Neubau jener Zeit zu verwirklichen. Die Herausforderung besteht unverändert weiter. Heute antwortet ihr nicht allein die durch die öffentliche Hand realisierte architektonische Konzeption. Heutige Formen der Umwelt-Aneignung und -gestaltung sind Ausdruck selbst verantworteten Lebens; sie meinen nicht nur Haus, Straße und Platz, sondern das innere Gefüge eines Orts. Die Demokratie kann sie so wenig »herstellen« wie der Architekt, aber sie kann sie ermutigen, muß sie ermöglichen — sozusagen im Interesse permanenter eigener Erneuerung, der Unabhängigkeit von Bürokratie und Markt, einer lebendigen politischen Kultur. Was hier ein wenig pathetisch auf Begriffe gebracht wird, läßt sich — viele Arbeitsberichte laden dazu ein — konkret mit Händen greifen. Lebens-Gestaltung aber bedeutet zunächst, man geniert sich fast, das in seiner Selbstverständlichkeit einmal mehr auszusprechen: die Garantie von Lebensmöglichkeit im schieren materiellen Sinn überhaupt. Man muß sich zu Hause wissen, man muß dableiben können, um was zu richten, zu verbessern, um Anteil zu nehmen, zu fordern oder um aus Einsicht in gerechtfertigte Ansprüche des Nachbarn zu gewähren. Man muß was haben, um was gewähren zu können: Boden unter den Füßen. »Mündigkeit« und Mieten, die Stabilität und Raum zu verantwortlichem Handeln auch für den Ärmsten sichern, gehören so zusammen wie Eidotter und Schale. Der weite Zirkelschlag schließt auch im engen Kreis.

Ermutigung mit Garantien wurden in Berlin mit der »Behutsamen Stadterneuerung« in Aussicht gestellt, die im Zeichen einer langfristig angezielten »Internationalen Bauausstellung« die Stabilisierung des spekulativ verwahrlosten, ghettoisierten Randgruppen-Problembezirks Kreuzberg im Verein mit den Bürgern und den Bezirkspolitikern unternahm. Der demokratische Staat — hier: das Land Berlin — schuf mit der sogenannten »IBA« für Neu- und Altbau ein eigenes Instrument, das bauliche und soziale Innovation ermöglichen sollte; das Parlament erhob die von internationalen Experten im Verein mit Bürgern erarbeiteten »12 Grundsätze«, in denen die Bedürfnisse der Bewohner und ihre Mitverantwortung Bedingung allen planerischen Handelns sind, zum politischen Programm. Im Katalog zur Ausstellung von 1984, die die ersten Ergebnisse der Wiederherstellung eines Lebensgeflechts demonstrierte, machen sie für die Stadtpolitik dokumentarisch gute Figur. Das Lebensgeflecht: Wohnen, Arbeiten, soziale und kulturelle Einrichtungen, Selbsthilfe, Örtliche Initiativen, — in tragbaren Bedingungen. Der Kongreß »Demokratie als Bauherr« bot — als Schlußpunkt des Ausstellungsjahres — Gelegenheit zu Information, Vergleich und Erörterung des Berliner Modells mit entsprechenden Ansätzen in anderen Städten und Ländern — eine Gelegenheit auch für die politisch Verantwortlichen dieser Stadt.

Die Gelegenheit wurde verschenkt. Es blieb bei einer Begrüßungsrede — und allerdings, auch das bleibt archivalisch zu bewahren, bei der Verheißung des zuständigen Bausenators, daß die »Behutsame Stadterneuerung« fortgeführt werde. Längst freilich zeichneten sich andere Realitäten ab — die allmähliche Aushöhlung der Programme und Projekte zugunsten einer schneller sicht- und verwertbaren Baupolitik. Der Widerspruch zwischen Verheißung und Versagung wurde nicht diskutiert. Nur in der Erinnerung der Anwesenden aufbewahrt wird deshalb der ohnmächtige Protest einiger Enttäuschter, die — wie schon die feierliche Eröffnung der Bauausstellung zuvor — die Schlußrunde sympathischer Journalisten sprengten und das nie verlorene Mißtrauen demonstrierten, — auch, das ist gewiß, die noch nicht gewährten Chancen zur »Mündigkeit«.

Der Kongreß ist vorbei, die Ausstellung geschlossen.

Touristenbusse fahren durch die Stadt und halten am Vorzeigbaren. Ein Jahr ist vergangen. Auch Kreuzberg ist wieder ein Stück schöner geworden, da, wo man's sieht. Was man nicht sieht, ist das nicht Erreichte, die erschwerten Bedingungen, die knapperen Mittel, die Beschränkung und Erschwerung der Selbsthilfe, neu einsetzende Spekulationen, die Fluktuation anstelle wirksam tätigen Bleibens begünstigt, die Umwandlung der treuhänderisch arbeitenden IBA-GmbH in eine private Sanierungsgesellschaft, die — wiewohl abhängig von staatlicher Mittelzuweisung und Kontrolle — die »Demokratie als Bauherrn« nicht mehr hinter sich hat. Und die Mieten — jene Mindestgarantie demokratisch wirksam werdender Mündigkeit: sie steigen.

Lore Ditzen, Oktober 1985

Demokratie als Anspruch in der Planung

Lucius Burckhardt

Adolf Arndt: »Demokratie als Bauherr«

Es ist Absicht dieses Beitrags, an ein Ereignis, das vor 24 Jahren stattgefunden hat, anzuknüpfen — an die berühmte Rede von Adolf Arndt: »Demokratie als Bauherr«. Arndt hat darin zum einen über die Demokratie und die Ästhetik der Baukunst gesprochen, zum anderen über die Demokratie und die Prozesse der Beschlußfassung.

Im Hinblick auf die Ästhetik stellt sich die Frage: Gibt es eine spezifisch demokratische oder undemokratische Architektur? Oder ist Architektur »unschuldig«, hat sie mit der Gesellschaftsform nichts zu tun? Bei der Beschlußfassung geht es um viel härtere Dinge. Da steht die Frage im Raum: Wie entscheidet die Demokratie in Baufragen. Arndt hat, wenn ich das recht sehe, vom öffentlichen Bauen gesprochen. Heute müssen wir dem einen Anhang hinzufügen, weil nunmehr auch das Verhältnis von Demokratie und Wohnungsbau zu behandeln sein wird.

Wenn wir mit der Ästhetik beginnen, dann stoßen wir auf eine Antinomie, auf zwei Sätze, die sich zu widersprechen scheinen, obwohl wir geneigt sind, beiden zuzustimmen. Der Satz lautet: Es gibt feudale Architektur, es gibt absolutistische Architektur, es gibt faschistische Architektur, also gibt es wohl auch demokratische Architektur. Und der zweite Satz: Säulen können nichts dafür, daß der Führer sie so gerne mochte; Säulen sind etwas völlig Neutrales; der Führer war ein Faschist, aber Säulen sind nicht faschistisch. Offensichtlich stoßen wir hier auf einen Widerspruch, der nicht lösbar ist. Adolf Arndt hat in seinem Vortrag verschiedene Aspekte dieses Widerspruchs beleuchtet, und wir wollen Ähnliches versuchen, wobei zu bemerken ist, daß die Sprache in den 24 Jahren, die seither vergangen sind, ein bißchen treffsicherer geworden ist. Wir können nämlich in einer exakteren Sprache darüber reden, welche Bedeutung Zeichen mit sich tragen. Der Buchstabe A und der Laut A hängen nicht durch Naturgesetze zusammen. Und nun die Fragen: Wie hängen Bauten an ihrer Bedeutung? Die französische Encyclopédie von Diderot und d'Alembert wird als ein Werk der Aufklärung betrachtet; sie hat aber an die Architektur ganz genaue Anweisungen, welche Bauten für welchen Stand gedacht sind. Da gibt es das Hotel — also den Palast — eines Prinzen von Geblüt. Die zugehörige Abbildung zeigt links und rechts zum Eingang je drei Säulen. Dann gibt es den Palast eines gewöhnlichen Prinzen, der hat nur zwei Säulen. Dann gibt es den eines Grafen und den eines Barons usw. Hier stellen wir also eine absolute Gleichsetzung von Bau und Bedeutung

fest, man zählt die Säulen und weiß, da wohnt einer eines bestimmten Standes. Gestimmt hat das allerdings nicht. Die damaligen feudalen Bauherren haben nicht in der Encyclopédie nachgeschlagen, sondern sie haben vor allem ihren Geldbeutel nachgezählt und dann die Zahl der Säulen ausgesucht. Auf diese Weise haben sich schließlich auch die Bankiers Säulen an die Eingänge bauen lassen, und in der Gründerzeit sah es fast so aus, als bedeuteten Säulen, die einen tragen, »Bankier«. Aber 1968 sind dann Studenten, etwa im Frankfurter Westend, auf eben diesen Balkonen erschienen; dabei ergab sich ein merkwürdiger Effekt: Nichts sieht demokratischer aus, als wenn von diesen Balkonen Transparente hängen und junge Leute aus den Fenstern herausschauen anstelle von griesgrämigen Dienstmädchen: Hätten diese besetzten, nun wieder bewohnten, Häuser demokratischer ausgesehen, wenn die Bankiers so weitblickend gewesen wären und gleich alle Fassaden aus Beton und Glas gebaut hätten? Ich glaube nicht.

An der sogenannten Postmoderne scheint mir einer der interessantesten Aspekte, daß über die Bedeutung der Zeichen in der Architektur wieder nachgedacht wird. Dieses Problem war vor 25 Jahren, in der Sechziger-Jahre-Renaissance der klassisch-modernen Architektur, nicht gesehen worden. Funktion und Erscheinung schienen damals vollkommen identisch. Und ich meine, dies ist einer der Funde, der nach 1968 auch von der Studentenrevolte gemacht wurde; man hat wieder gemerkt, daß Architektur eine visuelle Eigenschaft hat: Architektur sieht aus, ob sie will oder nicht. Es gibt einen Spalt zwischen ihrer Funktion und ihrer Bedeutung.

Die Bedeutung kann sich verschieben in der Zeit. Die Form hat eine Bedeutung in einer bestimmten Struktur, aber diese ist nie faßbar. Das Alphabet der Architektur werden wir nicht fassen. Das meint Umberto Eco mit seinem geistreichen Titel 'La struttura assente': die abwesende Struktur. Wir können das Verhältnis von Zeichen und Bedeutung nur fassen, wenn wir annehmen, es gibt eine große Grammatik, eine große Struktur dafür, aber gleichzeitig ist sie abwesend. Wir bekommen sie nicht zu fassen.

Wir waren vorhin beim Beispiel Säule. Die römische Säule meint nicht das gleiche wie die gleiche oder ähnliche Säule an der Kolonnade des Louvre. Diese Säule meint nicht das gleiche wie die ihr gleichende Säule am Tivoli-Corner der Bank von England. Und diese Säule meint nicht das gleiche wie die Säule am Haus der Kunst in München, die der Führer hinstellen ließ. Und wenn heute einer absolut eine Säule an seinem Haus haben will, dann meint diese auch nicht das gleiche. Wir haben also eine Mehrdeutigkeit des Zeichens. Nun gibt es Leute, die sagen, daß sich die Bedeutung sozusagen über Zeit auflädt: Eine Säule bedeutet alles, was sie jemals bedeutet hat, indem wir die Geschichte präsent haben. Das ist aber ein Aspekt des Phänomens. Die Säule tritt auch ein in einen — im Jargon gesagt — synchronen Kontext, d.h. in die Struktur, die wir heute haben, ohne daß wir an die Vergangenheit denken. Eine Säule im heutigen Kontext kann ja eigentlich nur eine ironische Aussage

haben, eine doppelbödige gewissermaßen, eine Kritik an der Säule. Dabei denken wir wieder an die Studenten, die aus dem Säuleneingang der Bankiersvilla geschaut haben.

Um etwas konkreter zu werden: nur zwei Beispiele aus den 24 Jahren zwischen Arndt und uns. Das erste Beispiel bezieht sich auf die Stadtkrone, ein Wort, das damals zu Arndts Zeit sehr viel zitiert wurde. Der Ausdruck stammt eigentlich von Taut aus dem Jahre 1919. Man verwendete ihn neu in den sechziger Jahren, als es darum ging, die Rathäuser der Städte wieder aufzubauen. Diese Rathäuser sollten etwas mehr als bloße Verwaltungsbauten sein. Aber ein Rathaus ist ein Bauwerk mit Büros und einem Saal, und es dient einer Verwaltung, die sich funktionell nicht von der Verwaltung der Hamburg-Mannheimischen Versicherung oder des Nestlé-Konzerns unterscheidet. Die Frage war: Wie kann die städtische Verwaltung mit ihrem Rathaus die 'Stadtkrone' bilden? Es gab damals zwei Lösungen. Die eine Lösung war, man plustert den Ratssaal mit den Büros zu einem solchen Bauvolumen auf, daß das ganze tatsächlich die Stadt überstrahlt. Und dann gab es die sogenannte ehrliche Lösung: Man baute ein technisches Rathaus — Marke Frankfurt am Main —, ein gewöhnliches Bürohaus, und man baute ein die historische Demokratie repräsentierendes kleines Rathaus daneben.

Heute hätten wir, wenn wir noch Rathäuser bauen würden — das ist nicht mehr das Dringende —, keine so große Angst mehr vor einem Auseinanderfallen von Erscheinen und Funktion. Einmal könnten wir uns ein Bürohaus durchaus mit Zeichen versehen denken, die üblicherweise auf ein Rathaus hinweisen. Zum zweiten hätten wir auch keine so große Angst davor, daß der kleine Ratssaal nicht die Stadtkrone bildet, sondern vielleicht dadurch auffällt, daß er ein bißchen bescheiden zwischen den übrigen Häusern steht; und zum dritten hätten wir keine Angst vor einem komplexen Gebäudesystem, das seine Aussage erst nach einer Weile erschließt und deshalb vielleicht informationsreicher ist als das, was man damals immer anstrebte, nämlich die sogenannte saubere Lösung.

Zweites Beispiel aus den siebziger Jahren: die berühmten Bundestagsbauten. In Bonn hatte man einen Wettbewerb ausgeschrieben, der von der Annahme ausging, man müsse die Bundestagsbauten, weil sie für die erforderliche Repräsentation nicht groß genug seien, aufplustern mit Büroräumen; — wie es wörtlich in der Ausschreibung hieß: Die Nutzflächen »von ungefähr zwei Ministerien (seien) noch zuzugeben, damit die Bundestagsbauten am Rhein in Erscheinung treten«. Wenn eine Schulreise auf einem Rheinschiff vorbeifährt, kann dann der Lehrer sagen, »seht mal da drüben, das ist der Bundestag, da wird regiert«. — Offenbar ist es den Preisrichtern in dieser Situation ein bißchen unwohl geworden, denn sie haben zwei Projekte in die Spitzengruppe manövriert, die nicht am Rhein in Erscheinung traten und die — ich vereinfache ein bißchen — in der Durcharbeitung von Stufe zu Stufe immer bescheidener wurden —; auch Sicherheitsinteressen haben dabei eine Rolle gespielt,

man hatte inzwischen Angst vor Terroristen — bis die Bundestagsbauten schließlich kaum mehr etwas mit der ursprünglichen Absicht der Darstellung der Volksvertretung zu tun hatten. Auch die Minister oder die Abgeordneten wurden unsichtbar, denn diese Herren sollten nicht mehr durch ein Portal ein- und austreten, sondern sie nehmen den Fahrstuhl zur unterirdischen Garage und ihr Chauffeur fährt sie dann zu einem ferngelegenen tunnelartigen Ausgang; dort müssen sie ein Kärtchen mit einem Code in einen Automaten stecken, bevor sich die Schranke öffnet. Wer da etwa eine Demonstration veranstalten will, der wird von niemandem gesehen mit Ausnahme der Benutzer der Bundestagsbibliothek, denn für diese ist der Haupteingang da.

Ich meine, hier stellen sich tatsächlich Fragen der Ästhetik in der Demokratie. Es wundert mich nicht, wenn plötzlich eine Chimäre auftritt, etwa in Form einer Bundesweihestätte. Irgendwo muß die Schulreise doch enden! Damit hätte man nun Funktion und Erscheinung auch räumlich auseinandergezogen. Der eine Bau ist reine Funktion, während der andere — einen Kilometer entfernt — nur der Erscheinung dient. Ich denke an die Karikatur von Venturi, der einen Yet-Bau zeichnet, der ein Schild trägt: »I am a monument«. Die Bundestagsbauten nehmen das Schild »I am a monument« und stellen es einen Kilometer entfernt vom Bau auf. Das scheint mir kein gangbarer Ausweg zu sein.

Jetzt wollen wir zu der Frage der Demokratie und der Beschlußfassung übergehen. Vergewaltigen wir uns kurz die Situation damals: Der Wiederaufbau und die erste Phase des Wirtschaftswunders waren abgeschlossen, als Arndt seine Rede hielt. Das Wirtschaftswunder war gleitend übergegangen (mit einem kleinen Kris'chen dazwischen) in eine Art zweites Wirtschaftswunder. All dies geschah immer noch in dem guten Gefühl: Wer was baut, der stellt doch immerhin was hin. Es gab das Vertrauen: Wir können das, was in den Innenstädten kaputt gegangen ist, wieder aufbauen. Inzwischen ist allerdings eine Wende eingetreten. Man muß sagen, das Bauen selbst ist ins Zwielicht geraten. Es ist unpopulär geworden.

Da meine ich, es sei ein schlechter Ausweg, wenn man nur sagt: Wir wollen jetzt schön bauen: Staatsmuseum Stuttgart. Da sollen ein paar Greise in der Sonne auf einem Bänkchen gesehen worden sein, die zufrieden mit der Anlage sind, und sogar ein paar spielende Kinder hat man gesichtet, die am Museumseingang Ball spielen. Aber wenn man als Fußgänger vom Bahnhof kommt, was wird da mit einem getrieben? In welche Löcher muß man hinein? Wo kommt man wieder heraus? Die Greise auf der Terrasse ruhen sich vielleicht wegen dieses stummen Leidens an einer durch Bauen, nicht durch Kriegsbomben, zerstörten Stadt aus.

Adolf Arndt hat in seinem Vortrag gesagt: Demokratie als Bauherr, aber die Mehrheit darf nicht die Minderheit vergewaltigen. Ich glaube, wir dürfen feststellen, daß im Bauen eine Minderheit eine Mehrheit vergewaltigt hat. Diese Minderheit betrachten wir nun. Sie heißt: das Bauwesen. Es ist ein Wesen, vor dem einem ganz gruselig wird.

Es gibt viele Gründe, weshalb uns das Bauwesen vergewaltigen konnte. Ich nenne vier und kommentiere sie ein wenig.

Der erste ist dieser: Aus Gründen, die ich noch nennen werde, ist unsere Beschlussfassung so angelegt, daß ein Problem in einem Bau endet. Irgend ein Problem wird ein Bau. Es wird nicht an eine Strategie, mit der man das Problem vielleicht lindern könnte, gedacht, sondern es entsteht ein Bau.

Der zweite: Bauliche Eingriffe werden durch einen fiktiven Gesamtnutzen im Hinblick auf eine abstrakte Bevölkerung legitimiert.

Der dritte: Bauten erzeugen Folgebauten. Wenn man baut, muß man nachher nochmal bauen.

Und der vierte ist: Wir erliegen den Meinungen der Fachleute, die ihre Fachkompetenz überschreiten.

Gehen wir näher auf diese vier Aspekte des Bauwesens ein. Der erste: Jedes Problem endet in einem Bau. Etwa das Problem: Wie lernen sehbehinderte Kinder? Wie sollen sehbehinderte Kinder lernen? Eine sehr schwierige Frage. Aber man macht sich die Antwort leicht, indem man sagt: Wir brauchen eine Blindenschule! Plötzlich ist das Problem völlig klar; es kann niemand widersprechen. Natürlich, sehbehinderte Kinder lernen in der Blindenschule! Daß man für diesen Zweck ein paar leerstehende Läden mieten könnte, daß überhaupt die Raumfrage das Nebensächlichste an der ganzen Sache ist, wird nicht gesehen. Die Beschlussfassung ist so strukturiert, daß uns suggeriert wird, wenn wir erst den Bau der Blindenschule haben, dann ist das Problem gelöst.

Der zweite: Bauten oder bauliche Eingriffe legitimieren sich durch einen fiktiven Gesamtnutzen. Die besten Beispiele für diese Auffassung haben wir im Tiefbau. Diese wunderbaren Straßenverbreiterungen legitimieren sich ja damit, daß wir alle glücklich werden sollen, wenn wir zwei Minuten früher in der nächsten Stockung stecken. Daß eben diese fiktive Beschleunigung des Verkehrs — die »Lösung des Verkehrsproblems«, wie man so schön sagt — für einige auch ernsthafte Nachteile erzeugt, indem Häuser abgebrochen und Wohnungen geräumt werden müssen, wird als Mittel zum guten Zweck dargestellt.

Der dritte: Bauten erzeugen Folgebauten. Das hängt mit der Art unserer Definition zusammen. Die Schule ist nur Schule. Es ist schon schwierig, eine öffentliche Telefonkabine in eine Schule zu bauen, damit Lehrer und Schüler auch mal telefonieren können. Das wäre ja schon ein gemischter Bau, also keine richtige Schule. Schulen sind Schulen, und deshalb muß man dann daneben noch eine Telefonkabine bauen. Den Folgebau erkennen Sie daran, daß er einen Bindestrich hat und dann 'Zentrum' heißt, Zentrum für alle diese vergessenen Dinge. Die Schule löst das Schulproblem, nun braucht man aber noch ein Jugendzentrum, ein Altenzentrum und schließlich die Bundesweihstätte. Das ist das oberste aller Zentren: Weihezentrum.

Der vierte: Vielleicht das schwierigste und wichtigste Problem der Demokratie: die Beziehung zu den Fachleuten. Normale Leute verstehen ja nichts vom Bauen; Bauen können nur Fachleute, und deshalb müssen die Beschlüsse eingeteilt werden in das Ob, das kann vielleicht die Demokratie entscheiden, und das Wie, das müssen die Fachleute entscheiden. Man tut so, als ob alle Wertfragen, die zu lösen sind — Demokratie löst ja Wertfragen, die Fachleute lösen Sachfragen, technische Fragen —, in dem einen Entschluß lägen, ob man baut, und als ob nachher keine Wertfragen mehr zu entscheiden seien, sondern nur noch optimale Grundrisse, vom Fachmann entworfen, entstehen. Diese Trennung in einmalige Wertfragen und in wertneutrale Sachfragen ist verhängnisvoll. Einmal deshalb, weil ja schon die Vorfragen, die den Abgeordneten vorgelegt werden, von Fachleuten vorbereitet sind; die Demokratie wird ja durch eine Bürokratie bedient. Hier entstehen die Vorschläge. Ferner erzeugt dieses Ob immer nur ein Ja oder ein Nein mit wenig Inhalt; aber die Wertfragen stellen sich bis in die Striche des Fachmanns auf dem Papier von Ausführungsplänen. Wenn der Fachmann eine Straßenkreuzung oder eine Straßenbiegung zeichnet, dann hat die Demokratie keinen Entscheidungsspielraum in den Einzelheiten: dagegen entscheidet der Fachmann hier wirklich Wertfragen. Jedermann weiß, daß pro Jahr an einer Kreuzung soundsoviele Leute überfahren werden; aber wieviele dürfen es denn sein? — Mit der Entscheidung über Fahrspuren, Radius, Tempo befindet der Fachmann Wertfragen, zum Beispiel: über die mutmaßliche Art und Zahl späterer Unfälle.

Zum Schluß möchte ich einen kleinen Anhang zur Demokratie als »Bauherr« im Wohnungsbau machen, der ja nicht direkt Gegenstand öffentlicher Beschlussfassung ist, sondern in den privaten Sektor fällt, selbst wenn es sich um öffentliche Bauträger handelt. Die Stellung des Mieters, seine Mitbestimmung und -gestaltung ist schwach. Hilft er sich selbst z.B. bei Reparaturen, so ist es ein Verlust für ihn, wenn er mal wegzieht, weil Selbsthilfe eigentlich fast schon illegal ist. Die ganze Haustechnik ist zwar eine ganz einfache Sache, und jeder, der einen Schraubenschlüssel und Schraubenzieher besitzt, könnte vieles auch selbst einrichten, reparieren, ändern, umbauen. Dieses ist uns alles weggenommen worden unter dem Vorwand, das sei zu gefährlich. Man kann zwar alles im Kaufhaus kaufen, was man dafür braucht, aber es anzuwenden, ist verboten.

Überdies hat man uns mit einer Stromspannung versehen, die sogar tödlich ist, wenn man es ganz idiotisch anstellt. Am Auto beispielsweise sind die sehr hellen Scheinwerfer nicht tödlich. Oder die Wasserleitungen, auch diese dürfen nur Fachleute anfassen. Und damit es auch niemand tut, wird die technische Installation unter den Putz verlegt. Man hat uns in Bezug auf diese handwerklichen Dinge verblöden lassen. Sie sind die Domäne des Bauwesens. Zum Bauwesen rechne ich in diesem Fall Zulieferindustrien, die Berufsverbände und die Bauaufsichten, die natürlich

immer mehr sogenannte Sicherheit verlangen. Dieses Dreieck ist für den Zustand verantwortlich, bei dem uns alle Kompetenz weggenommen ist, bei dem auch vieles ungefährlicher sein könnte, so daß wir autonom damit umgehen könnten.

Ein letzter Punkt. Das Bauwesen läßt die Gebäude in einer Geschwindigkeit überaltern, die atemberaubend ist. Praktisch ist ein neuerstelltes Gebäude eine Abbruchbude, und zwar mittels veränderter Normen. Normen werden dauernd erneuert. Vor einiger Zeit haben wir eine neue Heizung einbauen lassen. Nach einer Weile kommt der Schornsteinfeger und sagt: Ich muß Sie leider anzeigen, die Norm für das Abluftrohr der Heizung verlangt jetzt einen Zoll mehr. Sie müssen die Rohre ersetzen lassen. — So kommt das Bauwesen zu Bauaufträgen: indem es die Sicherheitsnorm ein bißchen höher setzt als die neuesten Bauten sie gerade erfüllt haben. So ist jeder Bau eine Abbruchbude, und so ist natürlich Abbrechen und Neubauen auch billiger als Renovation, denn es ist ja alles veraltet an dem Bau, er ist ja vom letzten Jahr, vor der letzten Reform der Normen.

Ich meine, wir hätten, 24 Jahre nach Adolf Arndt, die Demokratie als Bauherr vom heutigen Standpunkt aus ein wenig beleuchtet, und dabei festgestellt, daß das Wiedergewinnen der Kompetenz nicht eine große zentrale Aktion ist, sondern daß wir an vielen kleinen Stellen versuchen müssen, wieder die demokratische Kompetenz zurückzugewinnen.

Podiumsgespräch »Demokratie als Bauherr«

Teilnehmer: Karolus Heil, Lucius Burckhardt, Hans Daniels, Klaus Duntze, Hardt-Waltherr Hämer, Hans Ulrich Klose, Julius Posener

Karolus Heil: In Berlin und insbesondere in diesem Stadtteil nach den Eruptionen der späten siebziger und Anfang der achtziger Jahre über »Demokratie als Bauherr«, über Demokratie und Bauen zu diskutieren, mag manchem — zumal ohne Fragezeichen — als zu früh angesetzter Versuch erscheinen, eine harmonisierende Vermittlung zwischen zwei Prinzipien herzustellen: nämlich dem demokratischen Prinzip und den Prinzipien des Bauwesens, zwischen denen offensichtlich Abgründe klaffen. Betrachtet man die Rede von Adolf Arndt vor einem Vierteljahrhundert, dann will es scheinen, daß für die Prozesse, die in Berlin, die gerade an diesem Ort stattgefunden haben, doch auch höchst alarmierende Interpretationsmöglichkeiten

bestehen; daß Demokratie sich als Überbau entlarven könnte, als Verbrämung nackter Interessen, die sich auch mittels demokratischer Verfahren durchzusetzen verstehen und vermögen. Waren die Prozesse der Stadtzerstörung nicht auch die Entscheidung demokratisch gewählter Gremien? Hatten nicht die Bauherren, die hier tätig wurden und tätig werden, auch die volle, zumindest formale legitimatorische Basis, derer sie bedurften? Oder soll man vielmehr den Tatbestand, daß doch immer wieder Korrekturen möglich waren, als das eigentlich Essentielle interpretieren und davon ausgehen, daß in der Negation, in den partiellen Korrekturen etwas von dem sichtbar wird, das sich möglicherweise doch als längerfristig wirksames Prinzip durchsetzen könnte, nämlich der Anspruch, durch Bauen mehr Menschlichkeit zu produzieren; die »mündigen Bürger« zu ermöglichen, die ja eine zentrale Kategorie in diesem Referat von Arndt sind, dessen Titel Leitmotiv — und zugleich zentrale Fragestellung — dieses Kongresses ist?

Klaus Duntze: Als ein Mann der Kirche darf ich darauf hinweisen, daß heute Bußtag ist. In den Zeiten des Bündnisses von Thron und Altar pflegten an diesem Tag weltliche und kirchliche Obrigkeiten zusammen mit dem Volk sich ihrer Sünden anzuklagen und Besserung zu geloben. Nach der Trennung Kirche und Staat ist der Bußtag ein rein kirchlicher Tag geworden, sonst säßen wir jetzt nämlich zusammen in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche und lauschten der Bußpredigt von Bischof Kruse. Aber die öffentliche Bedeutung ist geblieben. Ich zitiere aus dem Lexikon 'Religionen in Geschichte und Gegenwart': »Am Bußtag soll die Kirche in besonderer Weise ihr Wächteramt den öffentlichen Sünden unserer Zeit gegenüber ausüben.« Das will ich jetzt tun und will vier Bußrufe zum Thema 'Demokratie als Bauherr' ausstoßen. Vielleicht hilft das etwas, denn 'metanois', das griechische Wort für Buße heißt eher so viel wie Sinnesänderung und Umkehr.

Der erste Bußruf gilt dem Raum zum Leben. Ein demokratischer Staat lebt davon, sagt Adolf Arndt in seinem Vortrag, daß der Einzelne sich seiner selbst bewußt wird und daß deshalb die bewußten Vorstellungsinhalte im gesellschaftlichen Zusammensein der Menschen den gemeinschaftlichen Aufgaben die Waage halten. Bewußtwerdung aber braucht Raum, braucht privaten und öffentlichen Raum, wie ihn die Berliner Verfassung in den Artikeln 18 und 19 als das Recht auf Wohnraum und das Recht auf Versammlungsfreiheit garantiert. Durch die Baupolitik der letzten Jahre aber wird den Bürgern die persönliche Entfaltung erschwert, weil der räumliche und ökonomische Spielraum, durch die Verteuerung des Wohnens, mehr und mehr eingeschränkt wird, obwohl die Berliner Verfassung in ihrem Artikel 16 den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht verbietet. Umkehr tut not zu einer Wohnungspolitik mit den Bewohnern anstatt mit den Eigentümern.

Der zweite Bußruf gilt der Aufhebung der Entfremdung. Adolf Arndt plädiert für die partnerschaftliche Zusammenarbeit des Staates in Gestalt der Baudezernenten

mit der Gesellschaft in Gestalt des Baumeisters, aber die Demokratie wird nicht besser, wenn sie sich mit einer Expertokratie verständigt. Das Volk, der Souverän, bleibt allemal draußen vor. Konsequenter und demokratischer ist das Friedensreich Hundertwasser in seinem Verschimmelungsmanifest, was immerhin zwei Jahre vor der Rede von Adolf Arndt geschrieben wurde. Ich darf daraus einen Abschnitt zitieren:

»Es ist an der Zeit«, schreibt er, »daß die Leute selbst dagegen revoltieren, daß man sie in Schachtelkonstruktionen setzt, die ihnen wesensfremd sind. Eine Nützlichkeitskonstruktion ist ein Gebäude, das allen drei Kategorien von Menschen wesensfremd bleibt, die damit zu tun haben: 1. der Architekt hat keinerlei Beziehung zu dem Gebilde, selbst wenn er das größte Architekturgenie ist, kann er doch nicht voraussehen, welcher Art der Mensch ist, der darin wohnen wird. 2. der Maurer hat keine Beziehung zu dem Gebilde, wenn er beispielsweise eine Mauer nach seinen persönlichen Auffassungen gestalten will, so verliert er seine Arbeit. Und außerdem ist es ja ganz egal, da er ja nicht in dem Gebäude wohnen wird. 3. der Bewohner hat keinerlei Beziehung zu dem Gebilde, weil er es ja nicht gebaut hat und er nur eingezogen ist. Seine menschlichen Notwendigkeiten, sein menschlicher Raum ist sicherlich ein ganz anderer. Architekt, Maurer, Bewohner sind eine Drei-Einigkeit genau wie Gottvater-Sohn-Heiliger Geist. Geht die Einheit Architektur-Maurer-Bewohner verloren, so gibt es keine Architektur, so wie die jetzt fabrizierten Gebilde nicht als Architektur anzusehen sind.« Hier tut in der Tat Umkehr not: weg von der ökonomischen und gestalterischen Entfremdung, hin zu der Souveränität der Bürger in gemeinschaftlichem Planen, Bauen und Nutzen ihrer Lebensräume.

Der dritte Bußruf gilt der Mitsprache bei der Gestaltung des Lebensraums: Adolf Arndt konnte sich vorstellen, daß der staatliche Repräsentant sich des sachkundigen Rates, aber auch der initiativen Vorschläge freier und mit ihrem Namen verantwortungsbereiter Bürger in einem ständigen Beirat vergewissert. Unsere Vorstellungen gehen inzwischen erheblich weiter. Daß die betroffenen Bürger eines Stadtteils die eigentlichen Experten für die Entwicklung ihres Lebensfeldes sind, hat sich nach 15 Jahren Bürgerinitiativen und Betroffenenmitsprache im allgemeinen Bewußtsein festgesetzt. Aber echte Entscheidungskompetenzen der Betroffenen bei den Veränderungsprozessen in einem Haus, einer Straße, einem Stadtteil sind immer noch die Alibi-Ausnahme in dieser Stadt.

Hier tut Umkehr not zum Artikel 6 der Berliner Verfassung, welcher lautet: »Alle Männer und Frauen sind vor dem Gesetz gleich, sie haben das Recht auf gleiche wirtschaftliche, soziale und geistige Entwicklungsmöglichkeiten.« Dieser Artikel gebietet einen partnerschaftlichen Austrag der Interessenkonflikte, in dem die Bewohner den Eigentümern und der Administration gegenüber ebenbürtig sind.

Der vierte und letzte Bußruf gilt dem demokratischen Bauen: Adolf Arndt hält es für eine politisch-existentielle Frage für die Demokratie, wie gebaut und wie ge-

wohnt wird. Aber so wenig, wie es christliche Politik gibt, gibt es auch keinen demokratischen Baustil. Es gibt nur das Bauen von Demokraten wie es auch nur ein politisches Engagement von Christen gibt. Demokratische Architektur, das ist Architektur, die sich der Bürger im Prozeß des Erstellens und im Prozeß der Nutzung zu eigen machen kann. Die Aneignung von Räumen, von gebauten wie von öffentlichen Räumen, setzt voraus, daß der Gebrauchscharakter von Eigentum vor dem ökonomischen Verwertungscharakter rangiert. Hier tut Umkehr not zu einer konstruktiven und offensiven Auslegung des Artikels 14 Abs. 2 des Grundgesetzes: Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Hans Daniels: Ich vermute, daß die Veranstalter mich als Bonner Oberbürgermeister und Bundestagsabgeordneten in erster Linie eingeladen haben, um zu dem Thema des öffentlichen Bauens und der Demokratie als Bauherr öffentlicher Bauten etwas zu sagen, weil ja die Bundeshauptstadt naturgemäß eine Art Exerzierfeld für solches öffentliches Bauen in der Demokratie ist mit — wie ich meine — bisher zweifelhaften Ergebnissen. Ich komme aber gerne der Aufforderung nach, ein paar Anmerkungen auch zu meinem Vorredner zu machen, mehr in fragender Form, weil ich mich in diesem Gebiet nicht kompetent fühle, aber vielleicht doch, um Sie ein wenig nachdenklich zu machen. Lucius Burckhardt hat in seinem Vortrag davon gesprochen, daß den Bürgern viele Rechte genommen werden, bis vielleicht auf das Recht, sich eine Wohnung auszusuchen, und das auch nur dort, wo es genügend Wohnungen gibt. Ich frage mich, und ich frage Sie, ist das wirklich so ein kleines Recht? Wäre es nicht die beste Lösung des Problems, wenn sich die Bürger selbst eine Wohnung aussuchen könnten, weil sie dann nämlich, und zwar für sich allein, für ihre Bedürfnisse, entscheiden könnten und nicht mehr darauf angewiesen wären, über Mitwirkungsrechte an Kollektiventscheidungen, die immer außerordentlich schwierig sind, ihren Beitrag zu leisten? Ich möchte Ihnen eine Zahl in Erinnerung rufen, die wir eigentlich alle kennen: Wenn Sie den Wohnraum, also die insgesamt zur Verfügung stehende Wohnfläche umlegen auf die Bevölkerungszahl, dann liegt Berlin über 40 % über dem Durchschnitt der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf die Wohnfläche pro Kopf der Bevölkerung und ist wahrscheinlich die am besten — ich sage jetzt nur im statistischen Durchschnitt — mit Wohnraum versorgte Stadt der Welt. Das mag eine formale Arithmetik sein, ich schließe nur daraus, daß es doch hier offensichtlich andere Probleme zu lösen gibt. Hauptsächlich geht es hier wohl darum, den an sich vorhandenen Wohnraum den Bedürfnissen entsprechend zu verteilen. Und was sind diese Bedürfnisse? Mir scheint, eine vernünftige Wohngeldgesetzgebung ist wichtig, indem man denen, die aufgrund ihres Einkommens nicht die Möglichkeit haben, die Wohnung zu bezahlen, die sie brauchen, den nötigen Zuschuß gibt, ihnen dann aber die Auswahl der Wohnung selbst überläßt, damit sie dann das Recht auch wahrnehmen können, sich ihre Wohnung selbst auszusuchen.

chen. Ich bin sicher, daß sich dann diejenigen, die die Wohnungen anbieten, auch nach den Wünschen derer, die die Wohnungen brauchen, richten werden.

Ulrich Klose: Ich habe Adolf Arndt nochmal nachgelesen, weil ich Grund hatte, das zu tun. Ich finde, was er vorgetragen hat, liest sich wunderschön, weil es eine Sprache ist, die Politiker heute nicht mehr sprechen und auch nicht mehr schreiben. Aber inhaltlich trifft es die Probleme, mit denen wir es heute in den Städten zu tun haben, nicht mehr; es sei denn, es ergeben sich ganz untypische Entscheidungssituationen.

Ich habe in meiner Zeit als Bürgermeister in Hamburg eine solche Entscheidungssituation kennengelernt, als ich mich entschieden hatte, den viel zitierten 'roten Platz' in Hamburg als öffentliches Bauwerk zu realisieren. Die Erfahrungen, die ich dabei gemacht habe, stimmen z.T. überein mit dem, was Adolf Arndt gesagt hat. Seine unfreundlichen Bemerkungen über Haushaltspolitiker jeder Couleur, wenn es um öffentliche Bauten gehe, sind richtig. Was er aber ganz und gar übersehen hat: daß Demokratie durchaus keine ideale Staatsform ist, in der Idealisten freundlich und sachgerecht entscheiden, sondern daß Motive eine Rolle spielen, von denen er möglicherweise nichts wußte. Er war auch Jurist wie ich und dazu noch Verfassungsjurist, also von der Kommunalpolitik relativ weit abgehoben. Meine Erfahrungen im Umgang mit Bauten veranlassen mich zu der Feststellung, daß es natürlich die Demokratie als Bauherrn gibt; allerdings darf man den Bauherrn nicht zu eng definieren. Die Entscheidungen fangen ja heute früh an, und die früheren sind häufig die wichtigeren. Das fängt an bei der Formulierung eines Flächennutzungsplanes für eine Stadt oder für einen größeren Stadtteil, d.h. mit der Entscheidung über die Verteilung von Boden. Die Verabschiedung oder auch nur eine Änderung des Flächennutzungsplanes beansprucht in der Regel einen Zeitraum von mindestens zwei und bis längstens acht Jahren, weil das Interesse der Öffentlichkeit und der einzelnen Interessen außerordentlich groß ist. Hier findet Beteiligung statt, die sich dann in den Bebauungsplänen fortsetzt. Auch das ist ein ungeheuer langwieriger Prozeß wegen vielfältiger Beteiligungsformen, die gesetzlich vorgeschrieben sind, die sich aber in einer Kommune wie Hamburg — das wird hier in Berlin vermutlich nicht viel anders sein — darüber hinaus gleichsam informell gebildet haben. Einen Bebauungsplan zu verabschieden, ohne dies ausführlich mit den in diesem Bereich Wohnenden oder Betroffenen diskutiert zu haben, ist heute völlig ausgeschlossen.

Einige halten das für ein gravierendes Problem, weil sie sagen, dadurch werden Bautätigkeit und wirtschaftliche Aktivität behindert. Andere sagen, das sei ein großer Fortschritt. Ich habe Fälle erlebt, wo ich der einen Seite zugeneigt habe, und andere, wo ich auf der Seite der anderen war.

Nochmal zurück zur Bodenfrage. Die Demokratie betätigt sich als Bauherr, soweit sie Eigentümer von Grund und Boden ist, in ganz akzentuierter Weise bei der Grund-

stücksvergabe. Wenn Flächen vorhanden sind, die einem bestimmten Zweck zugeführt werden sollen, dann spielt die Frage, an wen sie vergeben werden sollen, um dort entsprechend der Zweckausschreibung tätig zu werden, eine große Rolle. Wer wird denn bei einem bestimmten Projekt der Bauträger? Mit welchem Interesse wird dieser Bauträger tätig? Welche Einflußmöglichkeiten hat die Kommune eigentlich, hat sie überhaupt welche? Und wenn ja, wie lassen sie sich durchsetzen?

Es gibt eine ganze Reihe von anderen politischen Entscheidungen, die ich, zugegeben, nur aus der Hamburger Sicht darstellen kann. Wir haben dort lange Zeit über den Begriff »Stadtentwicklungspolitik« diskutiert und haben eine solche auch immer formuliert, bis wir begriffen haben, daß man für eine Stadt dieser Größenordnung — aber schon bei anderen kleineren Größenordnungen ist es das gleiche — eine einheitliche Stadtentwicklungspolitik nicht machen kann und auch nicht machen darf, weil die Situation in den unterschiedlichen Stadtteilen sehr verschieden ist und weil Lösungsansätze zur Überwindung erkannter Probleme oder vielleicht vorläufig erkannter Probleme ganz gezielt bei den Problemen vor Ort einsetzen müssen. Nichts ist schlimmer für eine Stadt, als wenn es eine von oben verordnete, für alle Stadtteile geltende, stromlinienförmige Stadtentwicklungspolitik gibt! Es wird deshalb bei uns seit Jahren nur noch über Stadtteilentwicklungspolitik gesprochen. Probleme, die wir in den verschiedenen Stadtteilen erkennen, alle auf einmal anzugehen, ist schlechterdings nicht möglich, weder von der Arbeitskapazität her noch von den Finanzen. D.h., wir haben Prioritäten gesetzt. Aber es ist damit begonnen worden, Stadtteil für Stadtteil, die Schwierigkeiten, die Probleme, die Notwendigkeiten aufzuschreiben, dies zu veröffentlichen und in die Stadtteile mit dem ausdrücklichen Ziel zu geben, daß es dort erörtert wird, daß man sich darüber streitet, daß ein Dialog in Gang gesetzt wird.

Eine weitere wichtige Entscheidung bei uns war die gegen die »große Projekte«. Berlin und Hamburg sind ja Millionenstädte und, nach dem Selbstbewußtsein ihrer Bürger und Politiker, Weltstädte, und Weltstädte neigen a) zur Provinzialität und b) zu einem bestimmten Gigantismus. Zur Provinzialität deshalb, weil sie es als Weltstädte glauben, nicht nötig zu haben, anderswohin zu sehen, da sie erwarten, daß andere auf sie sehen. Deswegen neigen die Hamburger dazu — ich sage das in netter Form —, ihren Blickwinkel von Lüneburg im Süden bis Pinneberg im Norden auszudehnen. Im übrigen erwarten sie, daß die Republik auf sie sieht, Bonn zum Beispiel. Bei Berlin ist das natürlich wegen der Situation etwas anders, aber vom Selbstbewußtsein her, vermute ich nicht wesentlich verschieden. Da sie Weltstädte sind, müssen sie aber eben diesen Anspruch dadurch beweisen, daß sie »große Projekte« realisieren und über große Maßnahmen entscheiden, die in das Stadtbild einschneiden.

Ich habe dafür Beispiele aus Hamburger Sicht, solche, an denen ich schuldig bin, und solche, an denen ich nicht schuldig bin. Verschiedene Erfahrungen haben uns

desgenossen, indem ich in der Tat meine, in der Bundesrepublik sei die individuelle Mietbeihilfe ein Instrument, das zu wenig benutzt würde. Es gibt Länder — ich nenne jetzt beispielsweise Frankreich —, die mit diesem Instrument dem Wohnungsbau, wie immer man die Resultate jetzt ansehen mag, einen Impuls gegeben haben, d.h. es macht den Leuten tatsächlich Spaß, daß sie jetzt die Wahl zwischen unterschiedlichen Wohnungstypen haben. Sie können sich ihre Wohnung aussuchen, um dann zum Mieteramt zu gehen und zu sagen, bei meinem Einkommen habe ich für diese Wohnung ein bestimmtes Anrecht auf Mietbeihilfe. Ich finde dies ein Modell, das in der Bundesrepublik zu Unrecht als ein Almosenempfang verschrien ist. Es ist ein Modell, das in anderen Ländern aus der Enge, der Stereotypie, des immer Gleichen des sozialen Wohnungsbaus herausgeführt hat. Es hat tatsächlich ein gewisses Maß an Wahlfreiheit erzeugt.

Ich meine aber, daß wir in einem anderen Problem uneinig bleiben, nämlich in dem Problem: Wie entscheiden Menschen in Baufragen, die beispielsweise ein Quartier betreffen? Da haben wir vielleicht unterschiedliche Erfahrungen. In dem Quartier, in dem ich in Kassel wohne, werden wir Bürger in öffentlichen Aufklärungsversammlungen zu Planungsbeschlüssen munter über's Ohr gehauen.

Karolus Heil: Ich möchte die Frage zum Schluß nochmal zuspitzen: Wie kann das demokratische Prinzip im Bau- und Planungswesen ausgebaut, mit neuem Inhalt gefüllt werden, um den veränderten Bedingungen gerecht zu werden, unter denen wir leben? Diese Frage muß auf der Tagesordnung bleiben! Ich verweise auf die Administrationen mit ihren Verweigerungen, solche Partizipations- und Demokratieprozesse zu ermöglichen; ich verweise auf die Verrechtlichung, die Herr Klose genannt hat, und den gesamten Prozeß der administrativen und staatlichen Gängelung. Ich glaube, daß die wichtigsten Dinge hier nun gesagt sind; sie sind unabhängig von diesem Podium ohnehin weithin bekannt und oft formuliert worden. Ich verstehe daher diese Veranstaltung als einen weiteren Versuch, sie durch Nennung einen Schritt weiter zu etablieren, ihre öffentliche Wirksamkeit zu verbessern, ihnen Nachdruck zu geben, Politiker zu erinnern und zu ermahnen, ihnen zu folgen. Damit möchte ich schließen und Ihnen herzlich danken.